

Doktorierende gehen auf die Strasse

Die 3200 Angestellten der Universität Basel fordern seit langem bessere Arbeitsbedingungen. Nun will der Bundesrat sparen.

Hans-Martin Jermann

Unter den Studierenden, Doktorierenden und Mitarbeitenden der Universität herrscht Alarmstimmung: Der Bundesrat will im Rahmen seines kürzlich verabschiedeten Entlastungspakets bei den Hochschulen zehn Prozent sparen. Von einer Kürzung der Bundesbeiträge wäre auch die Uni Basel betroffen. Sie verlöre in der Grundfinanzierung 8 Millionen Franken pro Jahr. Zusätzlich würden die Drittmittel sinken; der Bundesrat will nämlich bei den Projekten des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) ebenfalls Mittel streichen.

Damit die Universitäten die dadurch entstehenden Löcher stopfen können, hat die Expertengruppe des Bundesrates höhere Studiengebühren vorgeschlagen. Davon will man am Rheinknie indes nichts wissen. «Die Universität Basel hat bereits jetzt eine der höchsten Studiengebühren der Schweiz», sagt Uni-Sprecher Matthias Geringer. Eine Erhöhung würde sich im Wettbewerb um Studierende nachteilig auswirken und ihnen die Finanzierung ihres Studiums erschweren, gibt er zu bedenken.

Befristete Arbeitsverträge, unbezahlte Überstunden

Die Basler Studierenden dürfen diese Nachricht mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen. In grosser Sorge ist allerdings der Mittelbau der Uni, das sind die rund 2700 Doktorierenden und 500 Post-Doktorierenden. Ihre Forschungs- und Lehrtätigkeit ist für den Hochschulbetrieb zentral, zugleich klagen sie seit Jahren über schlechte Arbeitsbedingungen: befristete Arbeitsverträge, unbezahlte Überstunden, zu wenig Zeit für die eigene Forschung sowie Abhängigkeitsverhältnisse von den Professuren.

«Entlastungspaket klingt gut - die Doktorierenden und Post-Doktorierenden müssen dringend entlastet werden.» So kommentiert Jonathan Pärli, Gründungsmitglied der Gruppe

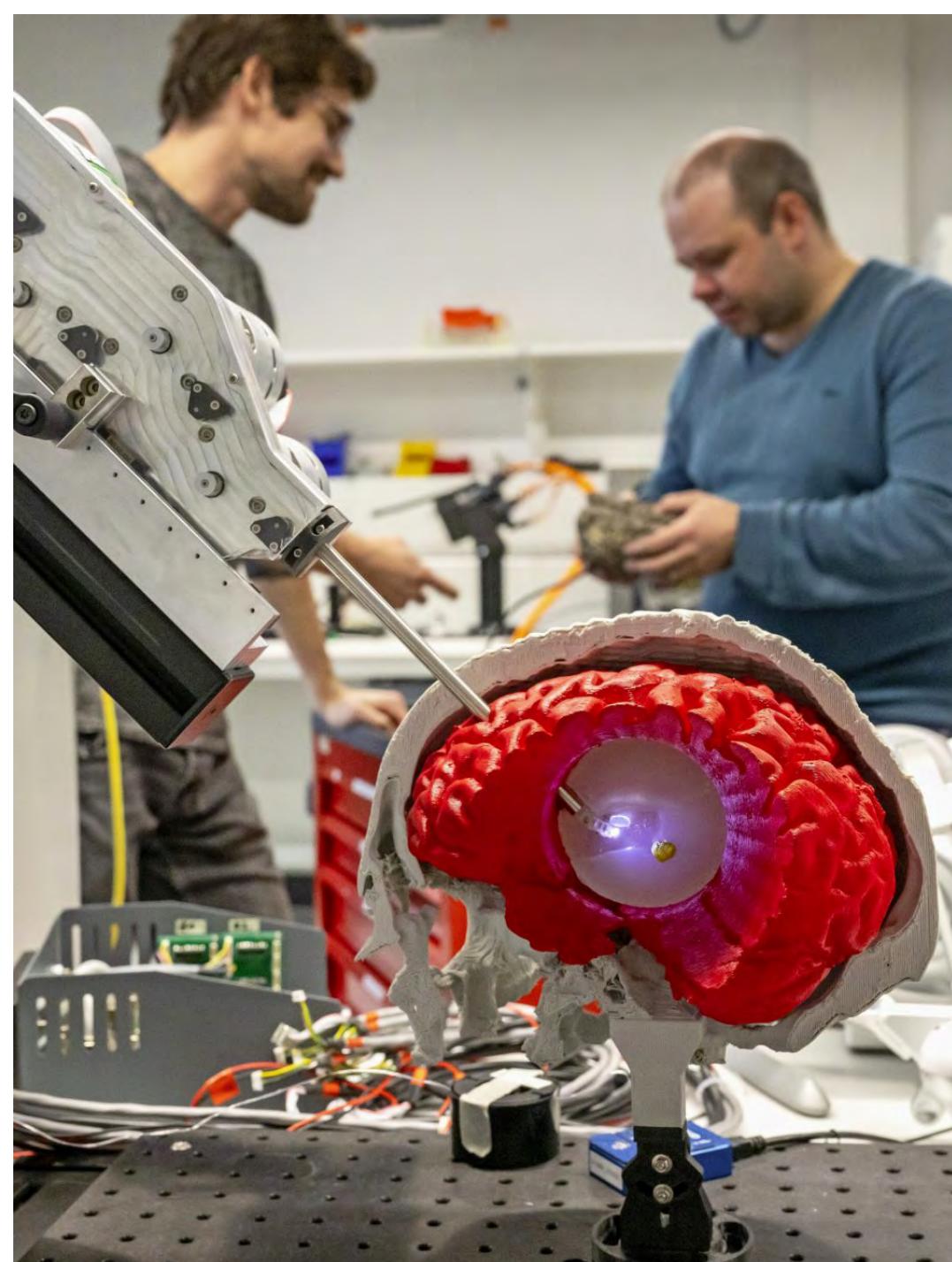
Mittelbau bei der Gewerkschaft VPOD, die beschönigend bezeichneten Sparmassnahmen des Bundes. Dagegen demonstriert die Gruppe morgen Mittwoch vor dem Basler Kollegiengebäude anlässlich eines nationalen Aktionstags, der in lokal angepasster Form auch an anderen Universitäten durchgeführt wird.

Die Uni-Leitung hat nach langem Hin und Her angekündigt, im November eine Mittelbau-Reform in die Vernehmlassung zugeben. «Mit dem Entlastungspaket des Bundes ist diese aber infrage gestellt», sagt Pärli. Selbst wenn National- und Ständerat die Sparmassnahmen an den Hochschulen ablehnen würden, blieben die Arbeitsbedingungen schwierig.

Wie viel Geld gibts für den Mittelbau der Uni?

Von den beiden Trägerkantons Basel-Stadt und Baselland ist ebenfalls nicht allzu viel zu erwarten: Im Leistungsauftrag 2026 bis 2029, den die Parlamente von Stadt und Land in den nächsten Wochen beraten werden, sind über die nächsten vier Jahre gerade einmal 15 Millionen Franken zusätzlich für die strategische Weiterentwicklung der Uni vorgesehen. Verwendet werden soll dieses Geld für einen neuen Bachelor-Studiengang in Nachhaltigkeit, den Ausbau von Zukunftstechnologien, die Stärkung der Medizin- und Gesundheitsforschung und für eine Reform der Arbeitsbedingungen für Doktorierende und Postdoktorierende.

«Es bleibt abzuwarten, wie viel von den 15 Millionen dann wirklich für echte und nachhaltige Mittelbau-Reformen eingesetzt werden», sagt Sina Deiss, Gewerkschaftssekretärin Bildung beim VPOD. Die Mehrheit der grossräumlichen Bildungs- und Kulturkommission will einen Vorstoss von Amina Trevisan (SP), die bessere Arbeitsbedingungen für den Mittelbau verlangt, gemeinsam mit der Genehmigung des Globalbeitrags für die Uni als erledigt ab-



Für den Mittelbau der Uni (im Bild ein Doktorierender am Department of Biomedical Engineering) werden bessere Arbeitsbedingungen gefordert.
Bild: Georgios Kefalas/Keystone

schreiben. Solche Stellen seien bewusst befristet und dienten der Weiterqualifizierung und Nauwuchsförderung, argumentiert die Kommissionsmehrheit.

Jonathan Pärli, der als Post-Doktorierender am Department Geschichtsgeographie angestellt ist, widerspricht: «Ich habe an der Uni noch keinen Doktorierenden oder Post-Doktorierenden getroffen, die nicht intrinsisch

motiviert wären. Die Vorstellung, sie würden bequem, nur weil der Antrags- und Konkurrenzdruck etwas weniger extrem ausfällt, ist unplausibel.»

Er habe in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen einen anderen Eindruck gewonnen: Viele wenden eine Menge Zeit auf, Anträge zu schreiben. Und kaum haben sie Beiträge eingeworben, müssen sie sich bereits

um den nächsten Antrag kümmern. «Das ist ineffizient und nicht im Sinne qualitativ hochstehender Lehr- und For-

schungstätigkeit», findet Pärli. Für ihn ist eine andere Gleichung zutreffend: stabile Arbeitsverhältnisse - bessere Forschung.

Gewerkschaftssekretärin Deiss sieht in den Finanzierungsproblemen der Unis auch

«Mit den Massnahmen des Bundes ist die Reform aber infrage gestellt.»

Jonathan Pärli
Gruppe Mittelbau VPOD

eine strukturelle Ursache - sie nennt diese «organisierte Verantwortungslosigkeit». Der Bund betone, für die Unis (abgesehen von der ETH) seien in erster Linie die Kantone verantwortlich. Die Unis verweisen auf die grosse Bedeutung des SNF, der wiederum klarstelle, er fördere blass einzelne Projekte und Karrieren. «Und hier in Basel ist wegen der bikantonalen Trägerschaft nochmals alles komplizierter», sagt Deiss.

Begrenzte Finanzielle Hilfsbereitschaft

Die Perspektiven sehen denn auch langfristig nicht sehr rosig aus. Im Baselbiel ist bekanntlich eine Gemeinde-Initiative häufig, die eine neue Finanzierung für die Uni durch die Kantone fordert. Und auch in Basel-Stadt sind Bereitschaft und Möglichkeiten, finanziell in die Bresche zu springen, nicht mehr so gross wie auch schon.

Der scheidende Uniratspräsident Beat Oberlin hat kürzlich auf einem Podium zur Zukunft der Uni die Idee lanciert, die Gewinne der Schweizerischen Nationalbank (SNB) via einen Fonds in die Bildung zu stecken. Eine viel versprechende Idee, die allerdings Reformen auf nationaler Ebene bedingt.